



Foto: K. Herschelmann

Es mag an der Optik liegen, aber Gewerkschaften und Regierung beurteilen die Reformen der Agenda 2010 durchaus unterschiedlich. Ihre Sicht demonstrierten am 17. Mai ver.di-Gewerkschafter auf dem Berliner Alexanderplatz.

VORWÄRTS IMMER MIT ROLLE RÜCKWÄRTS?

ver.di macht gegen den rot-grünen Sozialabbau mobil

Dafür sind sie nicht gewählt worden", schrieb ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske der rot-grünen Regierungsrige bei der Protestkundgebung am 17. Mai auf dem Alexanderplatz ins Stammbuch. „Sozialabbau als Sozialpolitik zu verkaufen, erinnert fatal an die Ara Kohl!" meinte der ver.di-Chef unter starkem Beifall von mehreren zehntausend Gewerkschaften aus dem gesamten Bundesgebiet. Zuvor hatte er die einseitige Verlagerung der Krankenversicherung zu Lasten der Beschäftigten, die Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, die Absenkung der Arbeitslosenhilfe, das Eintrittsgeld für den Arztbesuch und Versuche des Unterlaufens der Tarifverträge als ersten

Teil eines regierungsamtlichen „Drehbuchs" zum Sozialabbau bezeichnet. „Postbote, Krankenschwester und Busfahrer zahlen heute schon mehr Lohnsteuern als Daimler-Crysler auf seine Gewinne" kritisierte Bsirske. Es gehe „um politische Alternativen", sagte Bsirske, und darum, konjunkturelle Probleme bei den Ursachen anzugehen. Unter Beifall forderte er die Ausweitung öffentlicher Investitionen, die Einführung einer Ausbildungsabgabe und die Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen sowie vor allem die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

„Flagge zeigen, Zusammenstehen und den Regierenden sagen: Wir werden uns zu wehren wis-

sen!", forderte auch DGB-Vizevorsitzende Ursula Engelen-Kefer in diesem „Konflikt über die grundlegende Weichenstellung in unserem Land". Die Neinsager und Blockierer von Reformen saßen „ganz woanders" als in den Gewerkschaften.

Die gewerkschaftliche Kampagne gegen den „immer schneller und krasser vorangetriebenen Sozialabbau" sei „längst überfällig", heißt es in einer Resolution des ver.di-Landesfachbereichsvorstandes Medien, Kunst und Industrie vom 27. Mai. Sie müsse „endlich mit aller Entschiedenheit und Konsequenz, mit Ausdauer und Unerschrockenheit und mit klaren Gegenpositionen" geführt werden. **H.N.**

AGENDA 2010

NICHT UNSERE ZUKUNFT

Um „gewerkschaftliche Argumente und Aktionen für die soziale Offensive" geht es bei einer Debatte des ver.di-Landesfachbereichsvorstandes Medien, Kunst und Industrie im Rahmen der gewerkschaftlichen Kampagne gegen den Sozialabbau. Eingeladen sind: Sabine Reiner, Projektgruppe der ver.di-Kampagne gegen Sozialabbau; Ulrich Peters, Vorsitzender der FG Kirche in ver.di, der mit einem Beitrag „Schaffung von Arbeitsplätzen durch Sozialabbau oder Die Erde ist eine Scheibe" zur Diskussion anregen wird. Zum Streitgespräch über Sparpolitik und wirtschaftliche Alternativen sind alle Interessierten herzlich eingeladen.

**Donnerstag, 26. Juni,
18.30 Uhr, Medien Galerie,
Haus der Buchdrucker,
Dudenstraße 10**

In der letzten Legislaturperiode des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl fegte eine Standortdebatte durch die Bundesrepublik, die neben der Aufweichung des Kündigungsschutzes auch darauf zielte, die sogenannten Personalnebenkosten auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Ansonsten sei der Wirtschaftsstandort Deutschland gefährdet, und deutsche Produkte hätten auf den internationalen Märkten keine „Absatzchance“ mehr. Dank des aktiven Widerstandes der Gewerkschaften und der damaligen Oppositionsparteien wurde nur ein geringer Teil umgesetzt. Dennoch ist der Wirtschaftsstandort Deutschland nicht zusammen gebrochen. Der Exportüberschuss im Jahre 2002 erreichte ein absolutes Hoch von 126 Mrd. Euro.

Nun fegt wieder eine Debatte durch Deutschland mit der gleichen Zielstellung, den Kündigungsschutz und die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungen auszuhöhlen. Dieses Mal mit geänderter Begründung und unter einer anderen Regierungskoalition. Die sogenannte Agenda 2010 zielt vorgeblich darauf, die Staatsverschuldung zu verringern, zumindest die Neuverschuldung zu minimieren und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Hinsichtlich der Staatsverschuldung muß die Steuereinnahmensituation geprüft werden. Tatsächlich wurde von 1999 bis 2002 die

Unternehmenssteuer von 9 Prozent auf 6 Prozent gesenkt. Das brachte jährliche Steuerausfälle von 20 Mrd. Euro. Demzufolge erhöhte sich der Anteil der Steuereinnahmen von ArbeitnehmerInnen, Freiberuflern und Gewerbetreibenden am Gesamtaufkommen.

Die Arbeitslosigkeit soll u. a. da-

wissenschaftler und Arbeitsmarktforscher warnen, dass mit der erneuten Aufweichung des Kündigungsschutzes weitere 100.000 Arbeitsplätze gefährdet werden. Im Land gibt es derzeit sieben Millionen Erwerbslose und ca. 120 000 offene Stellen. Dass diese nicht besetzt werden, liegt am

auswirkt, die noch mehr Stellen abbauen.

Schließlich der Ausstieg aus der paritätisch finanzierten Sozialversicherung. Die Versicherungszahlungen für das Krankengeld würden allein auf die Schulter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt. Sie haben künftig zwischen 150 und 180 Euro jährlich weniger in der Lohntüte.

Das gesamte Programm der Agenda 2010 ist sozial unausgewogen. Es wird das Gegenteil von dem erreichen, was bezweckt werden soll. Die Vorschläge des DGB, in Zeiten einer Rezession ein staatliches Investitionsprogramm aufzulegen, haben schon eher Aussicht, neue Arbeitsplätze zu schaffen, auch unter einer eher moderaten Erhöhung der Staatsverschuldung. Dieses Konzept bedeutet klare Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Freiberufler und Erwerbslosen. Auch eine neue Arbeitszeitpolitik und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer würden Deutschland dem gewünschten Ziel näher bringen. Zum Abbau der Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit sind wirklich innovative Reformen erforderlich und nicht alter Wein der Kohl-Ära in neuen sozialdemokratischen Schläuchen. Der Händler ist ohnehin der gleiche geblieben, der Bundesverband der deutschen Wirtschaft.

AUF EIN WORT

ALTER WEIN IN NEUEN SCHLÄUCHEN?



Foto: Transil/C.v.Polentz

ANDREAS KÖHN, STELLV. VER.DI-LANDESBEZIRKSLEITER
BERLIN-BRANDENBURG

durch verringert werden, dass der Kündigungsschutz aufgeweicht wird. Die Regierungskoalition aus SPD und Grünen hat anscheinend vergessen, dass solche Versuche durch ihre Vorgängerin aus CDU/CSU und FDP nachweisbar den Abbau von 30.000 Arbeitsplätzen zur Folge hatte. Deshalb war der Vorstoß durch SPD und Grüne auch zurück genommen worden. Renommierete Wirtschafts-

Mangel entsprechend qualifizierter Kräfte auf dem Arbeitsmarkt – Pisa lässt grüßen. Diese Stellen werden auch dadurch nicht besetzt, dass die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verkürzt und die Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau zusammen geschrumpft wird. Letzteres wird dazu führen, dass sich die Binnennachfrage weiter verringert, was sich auf die Auftragslage der Unternehmen

BUCHTIPP

GNADENLOS ABGERECHNET

PIPER VERLAG 2002

Woran mag es liegen, dass dieses Sachbuch seit Monaten auf den Bestsellerlisten von „Spiegel“ bis „ND“ den ersten Platz belegt? Der Autor nennt es eine „Abrechnung mit dem Amerika unter Georg W. Bush“. Es ist also ein hochpolitisches Buch. Daneben sind mit Blickrichtung auf den Irak-Krieg eine ganze Reihe erfolgreicher Titel erschienen, darunter „Weltmacht USA. Ein Nachruf“ (E. Todd), „Die Kriege der Familie Bush...“ (E. Laurent), „Bush at War – Amerika im Krieg“ (B. Woodward), „Heiliger Krieger. Amerikas Kreuzzug“ (N. Mamer) u.a. Wichtige Texte, aber vermutlich keiner,

der sich so liest wie „Stupid White Men“, zu deutsch „Blöde weiße Männer“. Denn es ist einfach ein freches Buch, eine boshafte Abrechnung mit der gegenwärtigen USA-Politik. Michael Moores Analysen fußen auf einer Fülle knallharter Fakten, aber die sind mit satirischer Schärfe aufbereitet, so dass daraus eine amüsante Lektüre geworden ist.

In elf Kapiteln wird jeweils ein wesentliches Politikgebiet untersucht – die schöne neue Welt von innen betrachtet. Ein Who's who der Regierungsmannschaft beweist aufschlußreich die Verflechtung mit der allmächtigen Großindustrie. Die Beschreibung der Staatsverschuldung zeigt, dass überall mit gleicher Demagogie Besitzstände verteidigt werden – die der Besitzenden nämlich. Moore behandelt ausführlich die Lage der Unterprivilegierten, der

schwarzen Amerikaner. Er untersucht die Mängel des Bildungswesens, die Umweltpolitik mit der massiven Luftverschmutzung, die Dampfwalze der Gerichtsbarkeit mit ihren Todesstrafen, die verheerende Waffenanbetung. Leserinnen und eingefleischten Feministen/innen sei Kapitel seven („Das Ende des Mannes“) empfohlen; so ironisch und unverkrampt kann man mit dem Thema eben auch umgehen.

Erinnern wir uns noch der Präsidentschaftswahlen und des Florida-Coups, der Bush mit weniger Stimmen zum Sieg verhalf? Im Epilog des Buches ist das Geflecht entwirrt, das bei USA-Wahlen prinzipiell und ganz demokratisch nur einer von zwei Parteien Erfolg ermöglicht, nun sogar mit Betrug.

Die Schonungslosigkeit, mit der Moore alles und alle kritisch abbürstet, könnte kein Gegner schär-

fer handhaben. Dennoch bekennt er: „Ich schreibe diese Worte nicht gern. Ich liebe dieses riesige, tolpatschige Land und die verrückten Menschen, die darin leben.“ Er möchte die Lage ändern. Und so ist jedes Kapitel mit halbernten Verhaltenshinweisen versehen und sind Gesetzestexte zum „Ausschneiden und Aufbewahren“ im Brieftaschenformat beigefügt.

Zum Buch ein Filmhinweis: Wenn irgendwo noch „Bowling for Columbine“ gezeigt wird – ansehen! Der Dokumentarfilm erhielt den Oscar 2003, bei welchem feierlichen Anlass sich Moore nicht wie andere mit Gemeinplätzen bedankte, sondern vor laufenden Kameras, und also vor aller Welt eine glühende Rede gegen den Irak-Krieg seines Präsidenten hielt. **Annamarie Görne**

Michael Moore: *Stupid White Men*, 12 Euro, ISBN 3-492-04517-0.

Die Verwirrung bei einigen freien Autoren der „Berliner Zeitung“ war groß: Von einem Tag auf den anderen waren ihre Artikel aus dem Online-Archiv der Zeitung verschwunden. Betroffen waren diejenigen, die sich im Frühjahr 2002 geweigert hatten, die neuen Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Verlages zu akzeptieren.

Chefredakteur Uwe Vorkötter hatte damals seine Freien aufgefordert, alle Verwertungsrechte an ihren Artikeln abzutreten. Der Verlag wollte die Artikel nicht nur sechs Wochen lang selbst vermarkten dürfen, sondern vor allem zugesichert haben, dass die Autoren für diese weitere Verwertung auf zusätzliches Honorar verzichten. In der Fachsprache werden derartige Vereinbarungen Total-Buy-out-Verträge genannt. Von allen Erlösen profitiert nur noch der Verwerter, in diesem Fall

Rechte-Ausverkauf für Peanuts

der Berliner Verlag. Den Autoren – auch des „Berliner Kurier“ – wurde keine Honorarerhöhung als Ausgleich für den Rechteverkauf angeboten. Die wirtschaftliche Situation des Verlags sollte als Begründung dafür ausreichen, auf mögliche Zusatzhonorare vollständig zu verzichten.

Besonders pikant ist, dass der Brief mit den Geschäftsbedingungen nicht vom Verlagsgeschäftsführer kam, sondern vom Chefredakteur der „Berliner Zeitung“. Es gehört zu den Bedingungen der so genannten „inneren Pressefreiheit“, dass redaktioneller und herausgeberischer – also geschäftlicher – Teil einer Zeitung strikt voneinander getrennt sind. Damit soll verhindert werden, dass die geschäftlichen Bedingungen der Zeitungsproduktion zu sehr auf die journalistischen Entscheidungen einwirken, dass etwa Anzeigenkunden versuchen, kritische Artikel über sie zu beeinflussen. Zwar wird diese Trennung in kaum einem Verlag mehr wirklich strikt eingehalten. Dass aber bei der Berliner Zeitung, die immerhin einmal den Anspruch hatte, „Hauptstadtzeitung“ mit überregionaler Wirkung zu sein, nicht einmal mehr versucht wird, diese Trennung im Ansatz aufrecht zu erhalten, ist Beleg für eine bedenkliche Entwicklung.

Textklau im Archiv – der Verlag schweigt

Bei „Berliner Zeitung“ Leser getäuscht und Autoren verprellt

Für die meisten erfahrenen Freien war es nicht nur selbstverständlich, den Geschäftsbedingungen zu widersprechen. Darüber hinaus waren sie erbost über den Versuch des Verlags, sich auf ihre Kosten mehr Geld in die Kasse zu wirtschaften, ohne auch nur ein Verhandlungsangebot zu machen. Andere Verwerter, wie der Süddeutsche Verlag oder einige öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten, hatten zwar ähnliche Vertragsbedingungen vorgelegt, aber wenigstens als Ausgleich eine Honorarerhöhung angeboten. Inzwischen verstoßen die Total-Ausverkaufs-AGB durch die Novelle des Urheberrechtsgesetzes auch gegen geltendes Recht.

Der Berliner Verlag ist nun der erste, der als Konsequenz aus dem Streit mit den Autoren Inhalte kommentarlos verschwinden lässt. Im April bemerkten freie Autoren, die den AGB widersprochen hatten, dass sie im Online-Archiv der Zeitung ihre eigenen Texte nicht mehr abrufen konnten. Wann der Verlag damit begonnen hatte, die Artikel zu löschen, ist nicht bekannt. Auch sind nicht alle Artikel freier Autoren verschwunden. Es ist unklar, nach welchem Prinzip der Verlag entscheidet, welche Texte gelöscht werden und welche nicht. Im Archiv, das nur den Redakteuren der Zeitung zur Verfügung steht, sind die betroffenen Artikel mit dem Vermerk versehen, dass sie nicht weiter verwendet werden dürfen.

Leidtragende sind die Leser, die nicht mehr wissen, ob sie bei einer Archivrecherche zu einem bestimmten Thema die komplette Berichterstattung der Zeitung angezeigt bekommen – oder beispielsweise nur den Teil, in dem eine bestimmte politische Entwicklung wohlwollend beschrieben wird. Es könnte sein, dass der Teil fehlt, in dem dieselbe Entwicklung kritisiert wird, weil die Autoren der kritischen Zeilen freiberuflich arbeiten und den AGB widersprochen haben. Dann noch von einer fairen Berichterstattung zu sprechen, die Leser von ihrer

Zeitung erwarten können, hat wenig Sinn.

Darüber hinaus führten die „Verleger ihre eigene Diskussion um die Pressevielfalt ad absurdum“, wenn sie solche Methoden anwenden, beurteilt Andreas Köhn, Fachbereichsleiter Medien bei ver.di Berlin-Brandenburg, den Vorfall. Ihrem aus dem Grundgesetz abgeleiteten Auftrag als „vierte Gewalt“, auf den in der Diskussion um die Ministererlaubnis für die Fusion von Tagespiegel und Berliner Zeitung im-

Unmotivierte Löcher im Online Archiv

mer wieder hingewiesen wird, komme der Verlag so nicht nach.

Außerdem macht man den Nutzern des Internet-Angebots falsche Versprechungen. „In unserem Online-Archiv finden Sie die Artikel der Berliner Zeitung seit dem 2. April 1994“, heißt es. Dass die Beiträge zahlreicher freier Autoren fehlen, wird verschwiegen. Dies könnte eine besondere Bedeutung bekommen beim Versuch des Berliner Verlags, mit so genannten Bezahlinhalten Geld zu verdienen. Seit kurzem wird die kostenpflichtige „Clubmitgliedschaft“ angeboten. Mitglieder des „Berlin Online Clubs“ erhielten zum Beispiel „Zugriff auf zahlreiche Informations-, Kommunikations- und Unterhaltungsdienste wie z.B. ein Dating-Forum,

einen Restaurant-Führer und Archive von Berliner Zeitungen und Zeitschriften“. Auch in den AGB von „BerlinOnline“ kein Wort davon, dass das Archiv große Lücken aufweist.

Wie sich Autoren und Verlag einigen könnten, ist unklar. Denn den „berechtigten Urheberrechtsinteressen stehen die Interessen des Verlags gegenüber“, Gewinne zu erwirtschaften, sagt Siegfried Weischenberg, Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Hamburg. Dabei gerieten dann gesellschaftliche Interessen unter die Räder, denn „was da archiviert wird, ist eine Art soziales Wissen, und das sollte so komplett und fehlerfrei wie möglich sein“. Eine Lösung könne in einer Art Pauschalvergütung liegen, wie sie bereits über die VG Wort praktiziert wird, so Weischenberg. Die Strategie der „Berliner Zeitung“, einfach die Artikel aus dem Archiv zu entfernen, sei ihm allerdings „nicht ganz klar, denn sie schadet sich dadurch selbst“. Geschäftsführung des Berliner Verlags und Chefredaktion der „Berliner Zeitung“ ließen Bitten um eine Stellungnahme unbeantwortet.

Die Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch betrachtet eine Regelung über den „Textklau“ als notwendig und sieht sie als zusätzlichen Punkt in den stagnierenden Verhandlungen über verlagsspezifische Vergütungsregelungen nach dem neuen Urhebervertragsrecht. **Matthias Spielkamp**

ZUSPITZUNG

Anfang Juni hat sich die Situation bei „Berliner Zeitung“ und „Berliner Kurier“ weiter zugespitzt. Mittels Dienstanweisung und unter Androhung „rechtlicher Schritte“ sind die festangestellten Redakteure davon in Kenntnis gesetzt worden, dass ab sofort keine freien Journalisten mehr zu beauftragen sind, die die geänderten Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Zeitungen nicht akzeptiert haben. Eine Liste der Autoren, die ihre Zustimmung nicht erteilt haben, kann abgerufen werden. Daraufhin haben solche „unwilligen“ Freien bereits Anrufe aus der Redaktion erhalten, in denen ihnen mitgeteilt wurde, dass ihre Texte nicht mehr veröffentlicht werden können, sofern sie die neuen AGB nicht schriftlich anerkennen.

Foto: transit

Und der Hut, der hat doch Löcher ... Politische Satire aus Ost und West

Berlin, 10. April 2003



Ein Schriftstellertraum: Tausend Ohren für Wolfgang Fese.

■ „FREMDE IN BERLIN“: LIEBE, GELDSORGEN UND GROSSE GESCHICHTE

Die meisten, die in Berlin einige Bedeutung erlangt hätten, seien nicht hier geboren worden, sagte Moderator Jan Eik beim Auftakt des Lesemarathons. Auch die vier Autorinnen und Autoren, die an diesem Abend lasen, stammten nicht aus Berlin. Es gäbe allerdings Ausnahmen. Dazu zählten Tucholsky und Prof. Dr. Horst Bosetzky. Letzterer begrüßte als Vorsitzender des Berliner VS die rund 60 Zuhörenden im Untergeschoss des Kulturkaufhauses Dussmann mit einer Anekdote aus seinem Autorenleben. Mit großer Vorfreude habe er einmal den Briefumschlag mit einer Abrechnung vom Verlag geöffnet. Doch aus dem erhofften Geldsegen wurde nichts, die Verkäufe wiesen sogar ein Minus auf. „Die meisten Autoren leben nicht vom Schreiben, sondern vom Lesen“, sagte Horst Bosetzky. Von ihren alltäglichen Geldsorgen handelte auch der Text von Iris Rudolph. Sie erzählte, wie sie zu Monatsbeginn Eintöpfe kochte, um zu sparen und trotzdem oft keinen Cent mehr besitze.

Trotz aller Not strahlte ihr Text Zuversicht aus und an der Stelle, als sie mit einem Freund 50 Euro fand, sogar kindliche Freude. Anja Tuckermann las aus ihrem Buch „Die Haut retten“ von der bitter-süßen Liebesgeschichte zwischen ihren Helden Karla und Joschi. Maria Kolenda konnte aus gesundheitlichen Gründen ihr Buch „Wildwechsel“ nicht selbst vorstellen, für sie sprang Ilona Lorenz ein. Der gebürtige US-Amerikaner Viktor Grossmann floh als Deserteur über Österreich in die DDR, in der er ab 1952 lebte. Er las spannende autobiografische Texte aus einem Leben, das eng mit der deutschen Geschichte, aber auch dem kalten Krieg verbunden war. Nach Öffnung der Mauer stellte er fest, dass sein „Leben einen großen Kreis gezeichnet hatte“. **Silke Leuckfeld**

■ „TOD IN BERLIN“: TOTENTANZ

Makaber das Ambiente! Neben Särgen und Kandelabern aus Friedhofskapellen präsentierten sich vierzehn Autorinnen und Autoren in der Dorotheenstädtischen Buchhandlung, fast alle in Schwarz!

Durch Erfahrung veredelter Enthusiasmus

3. Lesemarathon des VS Berlin mit neuem Besucherrekord

Beim Lesemarathon des Berliner Verbandes der Schriftsteller wurde 2003 Bewährtes fortgeführt, doch auch mit neuen Themen und Veranstaltungsorten experimentiert. So langsam kommt sportliche Erfahrung zum läuferischen Enthusiasmus. Noch nie lockte eine Marathon-Etappe gleich etliche hundert Zuschauer an. Mehr als dreißig Berliner Autorinnen und Autoren stellten zwischen dem 7. und 11. April Gedrucktes und noch im Werden Begriffenes in thematischen Schubladen vor.

Passend zum Motto. Und das erwies sich bei aller Vergänglichkeit als Dauerbrenner, stand es doch nun zum dritten Mal über einer Marathon-Lesung am angestammten Ort.

Und so erzählte Ulrich Karger diesmal, wie Jonas, nach einer Kindheit und Jugend „betrogener Sehnsüchte“, nun in bitterer Betrachtung des toten Vaters verharrt, bei dessen „schaurig, gruseliger Beerdigung“. Der Held bei -ky (Horst Bosetzky), Dozent Norbert Zenke, lebt noch – in Angst! Seine Frau prophezeite ihm: „Eines Tages wird einer Deiner Studenten Dich umbringen.“ Drei Kollegen ereilte der Tod bereits auf rätselhafter Weise. Die Pointe verschwieg der Autor vorerst den mucksmäuschenstillen Besuchern.

In ihrem noch unvollendeten Roman „Klaras Freiheit“ beschreibt Charlotte Worgitzky die Geheimnisse einer Selbstmordkandidatin. Diese habe „kein Talent zum Glücklichein“. Während eines Klassentreffens, 35 Jahre nach dem Abitur, so Thilo Ballien als weiterer Vorleser, erinnert man sich Ilonas, „der stillen Intellektuellen. Vor fünf Monaten unter die Erde gebracht.“ „In Schönheit sterben“ – hier aus finsternen, abartigen Gründen.

Der Heldin Hans Häußlers, einer Anästhesistin, gelingt es nicht, noch fünf Tage aufgebahrt, Bachsche Musik in sich aufzunehmen. Und in der fast heiteren Geschichte von Josefine Rosalski geht es um den Bühnentod un-

schuldiger Hühner. Zu dem Zyklus „Prenzlauer Berg, Bäume erzählen“ gehört, was Prof. Dr. Jochanan Trilse-Finkelstein mittels einer fiktiven Telefonistin dann authentisch aus den letzten Tagen der Nazi-Herrschaft vortrug. **Eva Brillke**

■ „ZWISCHEN A UND ZICKEZACKZETT“: EINE ART GEDULDSPROBE

Mit der „Gewitternacht auf Burg Flüsterstein“ von Thomas Fuchs ging's gleich richtig spannend los. Ein wenig, so konnte man fürchten, war mit der Geschichte über die Geschwister Moritz und Zwea, die mit ihren Eltern in einem erbten Burghotel im Odenwald heimisch werden sollen und dabei außer dem Küchendrachen Frau Löblich noch eine Reihe illustrierter Dauergäste kennenlernen, das Pulver auch schon verschossen. Denn eineinhalb Stunden können ganz schön lang werden für Drittklässler, auch wenn die Philipp-Schaeffer-Bibliothek in der Brunnenstraße ein nettes Ambiente für Lesungen bietet.

Die Geschichten um große und ganz kleine Tiere, die Jutta Rosenkranz dann las, faszinierten dennoch durch ihren freundlichen Duktus und die Tatsache, dass sie immer etwas mit Geburtstagen zu tun hatten. Sabine Dillners Beitrag aus dem Sammelband „Von Strebern und Pausen-

clowns“ über einen nicht ganz normalen Schultag hatte dagegen wieder alle Bestimmungstücke, um Kinder bei der Stange zu halten: Ein aus dem nichts auftauchender Zauberer mit komischem Hut und Leuchtbuchstaben vergibt drei Wünsche, die Niklas, das eher unsportliche Mathe-As, aus Unglauben allesamt vergeigt. Die Glücks-Cents aus ihrer Wahlheimat Irland, die die Autorin am Ende verschenkte, wurden freudig angenommen, machten Irmgard Suckau das Lesen allerdings nicht leichter. Ihre „Großmutter-Geschichten“ und Gedichte über Bäume, die Enkelin Lara inspiriert hatte, waren poetisch und wunderschön, aber eigentlich für fast Zehnjährige schon Pipikram. Und die Impressionen „Wie ein Jugendbuch zu werden begann“ erzählten feinfühlig-präzise eher über denn für Kinder.

Zum Abschluss wurde erstaunlich eifrig nach Büchern und zur Profession der Schreibenden gefragt, auch: „Wie lange braucht eigentlich ein Schriftsteller, um berühmt zu werden?“ **H. Nehrlich**

■ „SATIRE“: DER HUT, DER HAT DOCH LÖCHER

Zu einem solchen Auditorium würde sich mancher Bundestagsredner gratulieren: Das Rund in der Friedrich-Ebert-Stiftung hatte mit fast 500 Zuhörern den Charakter eines Uni-Hörsaals, selbst die Treppenstufen waren dicht besetzt. In diesen Zeiten steht vielen der Sinn nach der scharfen Heiterkeit von Satire, die bekanntlich alles darf, nur nicht nichtssagend sein.

Das war sie hier mitnichten. Und da acht Autoren – von Elfriede Brüning über Wolfgang Fehse bis Anja Tuckermann – auch acht ganz verschiedene Federn gewetzt hatten, gab es Heiteres, schwarzen Humor, bitter Politisches, ein wenig Frivoles. Oder so Tiefsinniges wie den Text von Ruth Fruchtmann (die ihr Rückkehrrecht nach Israel aus solidarischer Haltung mit den Palästinensern zurück gegeben hat). Sie verhandelt das alltägliche Verhältnis der Deutschen zum Jüdischen so, dass einem das Lachen im Halse stecken bleibt – „Schizophrenie ist mein Zustand, hier bin ich am richtigen Ort.“ Angelika Neuschel fügte musikalische Einlagen hinzu, über das ergebli-



„Hier bin ich am richtigen Ort“, meinten Ruth Fruchtmann und ihre Zukunftskolleginnen und -kollegen in diesem Lese-Frühjahr.

ge Thema Privatfernsehen oder das deutsch-deutsche Verhältnis: „Da sind wir nun ein Volk, und sind doch so verschieden. Der Westdeutsche hat die 68er Bewegung, der Ostdeutsche Gorbatschow. In beiden Fällen war das Ergebnis nicht das erstrebte.“

Entlassen wurden die Zuhörer mit Lachen aus tiefstem Herzen: Ernst Röhl hat Mutters Sprache in Vaters Land durchstößert und fand so feine Begriffe wie „brachliegendes Humankapital“ für Arbeitslose. Er gab den Zuhörern den gegenwartsnahen Wunsch der Gesundheitsministerin auf den Heimweg: „Bleiben Sie schön gesund, ich kann Ihnen auch nicht helfen.“ Dorle Gelbhaar (echte Blondine) moderierte TV-gerecht, unsere Gewerkschaftskameras nahmen den Abend für den Offenen Kanal auf. **A. Görne**

■ 2. POETENFEST: KRÄFTIG QUERBEET

Wer eine sportliche Leistung vollbringt, hat allen Grund stolz zu sein. Und wer sogar einen Marathon schafft, verdient sich ein Fest. Nach dieser Devise gab es am letzten Tag des Lesemarathons wieder ein Poetenfest. Erneut bot das carousel-Theater den würdigen Rahmen. Das Publikum – vor allem Kollegen aus dem Schriftstellerverband und einige Gäste – machte es sich in den roten Plüschsesseln gemütlich, genoss die angenehm intime Atmosphäre und lauschte. Die charmante Moderation von Anja Tuckermann verband sehr unterschiedliche Darbietungen, die

diesmal kaum in eine Schublade passen wollten. Vor einer bunten Kulisse stellte zunächst Kostas Papanastasiou, bekannt als Lindenstraßen-Wirt, aktuelle Lieder vor. „Über’n Zaun jebrüllt“ lautete das Motto seiner stimmungsgewaltig vorgetragenen Chansons. Ewa Boura rezitierte sehr persönliche, erotisch angehauchte Gedichte voller Sehnsucht. Ralph Hensel, dichtender Schauspieler am carousel-Theater, las witzig-bissige Texte unter dem Motto „Freunde, Rentner und andere Bekannte.“ Zur Gitarrenbegleitung von Laurie Randolph trug Elke Querbeet eigene Lieder vor. Der Künstlername ist Programm: Kreuz und quer ging es von nicht jugendfreien Liebesliedern über ein leidenschaftliches Bekenntnis zu Berlin bis hin zur ironischen Abrechnung etwa mit der Lichterkette. Hüday Ülker aus Mazedonien schilderte in seinem Text die Eindrücke und Gefühle, die ihn als quasi Außenstehenden angesichts der Öffnung der Berliner Mauer überkamen. Bei Gabriele Brang wurde es historisch: In fiktiven Briefen an eine Freundin beschreibt sie anschaulich die erste Fahrt einer Frau mit einem Ballon der Brüder Montgolfier im Jahre 1774. Schließlich erfreute Helmut Geffke, Urgestein am carousel-Theater, das Publikum mit „Lieblingsgeschichten und Selbstkomponiertem“, etwa dem Lied „Nachtgebet eines Mimen“.

Nach der Pflicht folgte die Kür: Bei einer Tombola gab es signierte Bücherspenden von Mitgliedern des Schriftstellerverbands zu gewinnen und zum Abschluss ausgelassenen Tanz. **Ute C. Bauer**

10. MAI 2003

70. JAHRESTAG DER BÜCHERVERBRENNUNG IN BERLIN

Unter dem Motto „Literatur und mehr ... rund um die Linden“ fanden am 10. Mai 2003 zum 70. Jahrestag der Bücherverbrennung rund 50 Veranstaltungen in Berlin-Mitte statt. Literatur und Kunst der Vergangenheit und Gegenwart präsentierten sich zwischen Humboldt-Universität und Brandenburger Tor. Es war über das Gedenken an das Geschehen vor 70 Jahren hinaus ein Fest des Buches, ein Fest des freien Denkens, es war das Bemühen, ein Zeichen zu setzen für Frieden und multikulturellen Dialog in der Gesellschaft. Die Initiatoren waren die Agentur Acksteiner Events GmbH & Co. KG und der Berliner Verband Deutscher Schriftsteller in ver.di.

Unsere Kolleginnen und Kollegen haben im Opernpalais, in der Humboldt-Uni (Senatssaal), im Foyer der Staatsbibliothek, im Literaturcafé Tucher und im Unicef-Zelt auf dem Bebelplatz gelesen. Dabei waren Elfriede Brüning, Augen- und Ohrenärztin des Geschehens vor 70 Jahren, Horst Bosetzky, Jan Eik und Dorle Gelbhaar, Jutta Rosenkranz, Anja Tuckermann, Jochanan Triise-Finkelstein, Dorothee Nesperke und Monika Ehrhardt. Christoph Hein las im Foyer der Staatsbibliothek, ein großes Ereignis in der übervollen Halle. Finanzielle Unterstützung fanden wir dankenswerter Weise bei der Senatsverwaltung für Kultur.

Um dem lebendigen Gedenken auch künftig einen festen Platz einzuräumen, haben die beteiligten Verbände, Vereine, Medienpartner und Unternehmen nach dieser Veranstaltung den beiden Initiatoren ihre Zustimmung gegeben, diesen Tag von nun an für die Hauptstadt jedes Jahr zu einem besonderen Ereignis werden zu lassen. – Im Gedenken an die verfemten Autoren aus aller Welt und als Fest des Wortes, der Musik und der Bilder unseres heutigen Lebens.

Monika Ehrhardt-Lakomy

Wir müssen Druck machen

Leserbrief von Kurt Pittelkau (68), Sprecherrat „Aktive Senioren“

Es gibt sie überall auch, jene SeniorInnen, die sich „verabschieden in den wohlverdienten Ruhestand ohne politische Aufgeregtheiten bei gesicherter Rente und Gesundheitsbetreuung“ („Sprachrohr“ 2/03, S.9/10). Doch übersehen wir nicht, dass nicht selten gesundheitliche Probleme einen Schongang erzwingen, und hüten wir uns vor abfälliger Einschätzung!

Viel zu oft ist es der Ärger über die und mit der Gewerkschaft, der zu Austritten führt und nicht ignoriert werden darf. Noch immer erregen die Spitzgehälter im ver.di-Vorstand die Gemüter. Enttäuschung gibt es, dass Gewerkschaftsjubiläen unbeachtet blieben. Nicht zuletzt beeinträchtigt Unzufriedenheit mit der Interessenvertretung das Ansehen von ver.di und des DGB – berechtigt und auch unberechtigt. Wir wollen den Arbeitgebern die Meinungsführerschaft in Deutschland wieder entreißen“, sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in der „Financial Times Deutschland“ und trifft damit einen Kernpunkt. Bei aller Konzilianz und Bereitschaft zu einem ausbalancierten (!) Konsens ist aufrechte und zielsichere Haltung auf Arbeitnehmerseite gefragt – anstelle oft irritierender „Mattigkeit“.

Mit Genugtuung und Anerkennung haben unsere SeniorInnen den Beschluss des ver.di-Bundes-seniorenausschusses aufgenommen: „Die Einheit Deutschlands vollenden. Angleichung der Arbeitseinkommen und Renten noch in diesem Jahrzehnt“. (Kernpunkte: Bei gleichen Lebenshaltungskosten ist die Forderung nach einem vereinheitlichten Rentenrecht berechtigt. Die Verknüpfung mit der – verlangsamten – Einkommensentwicklung im Osten verschiebt die Rentenangleichung auf einen weit entfernten Zeitpunkt. – Nachzulesen auf der Website des Internet Senioren Clubs von ver.di. Beifall findet, dass auch die Forderung vorgebracht werden konnte, die Rentenangleichung Ost als unmittelbare Aufgabe zu stellen, dass Konferenzen sich damit auseinandersetzen und Aktionen vorbereiten. Interessenvertretung ernst zu nehmen, ist für keine Altersgruppe ganz einfach. Und natürlich gehört das gemütliche Zusammensein, Austausch über neue Erfahrungen, Erlebnisse und das Erinnern an früher dazu.

Auf solche Vielfalt zielt ein „Diskussionsvorschlag für ein seniorenpolitisches Programm“.

Ausgangspunkt: Rund 454.000 Seniorinnen und Senioren sind

ver.di-Mitglieder. Damit stellen sie 16,6 % an der Gesamtmitgliedschaft, eine Größe von Gewicht. In dem Papier heißt es: „In Zeiten, in denen immer mehr Bereiche der sozialen Sicherung als Lasten für die Marktwirtschaft bezeichnet werden, gewinnt die Beteiligung älterer Menschen an gesellschaftspolitischen Entscheidungen und die Vertretung ihrer Interessen zunehmend an Bedeutung. Den Prozess der Veränderung in der Gesellschaft müssen die Älteren konstruktiv begleiten.“

... Wir fordern alle SeniorInnen in ver.di auf, sich aktiv an dieser Diskussion zu beteiligen (und diese Ergebnisse bis 31. August 2003 mitzuteilen). Themenfelder für die Diskussion vor Ort sind Alterssicherung (Rentenangleichung Ost/West / Besteuerung der Alterseinkünfte), Altersarmut / Altersdiskriminierung, Versorgung bei Pflegebedürftigkeit (Pflegeversicherung / Altenpflege), Gesundheitsversorgung, Kommunal- und Wohnungspolitik, Bildungsarbeit, Mitgliederbestandspflege, Mitgliedererziehung, Sozialwahlen“. Ist die Rangfolge richtig? Werden die Schwerpunkte richtig gesetzt?

Die „Agenda 2010“ kündigt eine Zeit der Experimente mit der sozialen Wirklichkeit an. Das ver-

TARIFRUNDE

TARIFABSCHLUSS IM BUCHBINDERHANDWERK

Die bundesweite Tarifrunde für die Beschäftigten im Buchbinderhandwerk endete am 2. Mai mit einem Abschluss. ver.di und der Bund Deutscher Buchbinder-Innungen einigten sich darauf, dass ab 1. Mai 2003 Löhne und Gehälter der bundesweit rund 5000 Beschäftigten um 2,2 Prozent ansteigen. Die gleiche Erhöhung gilt auch für Ausbildungsvergütungen. Für den April 2003 gab es eine Nullrunde. Die Tarifverträge haben eine Laufzeit von elf Monaten bis 31. März 2004. **red.**

unsichert auch uns „Rentenabhängige“. Da empören vorausseher Gehorsam von Mandatsträgern und Versuche des „Bastakanzlers“, die eigene Partei und die Koalition, letztlich auch die Gewerkschaften zu disziplinieren. Reformieren, nicht Deformieren des Sozialstaats – dafür müssen sich die Gewerkschaften jetzt besonders stark machen. Reformieren, um ihn dauerhaft zu erhalten, wie der Kanzler die Aufgabe anfangs selbst gestellt hat. Das geht uns Alte unbedingt an: „Senioren müssen Druck machen ...“, wie es im Sprachrohr-Statement von Jürgen Käding richtig heißt... **Kurt Pittelkau**

Keinen Schritt weiter

Überleitungstarif für RBB stagniert

Seit dem 1. Mai sind ORB und SFB gleich RBB. Mit der Fusion und dem Amtsantritt von Intendantin Dagmar Reim hat der Rundfunk Berlin-Brandenburg die Rechtsnachfolge seiner Vorgänger angetreten. Das heißt auch: die bestehenden Tarifverträge sind auf den RBB übergegangen. Es gibt jedoch immer noch keinen Überleitungs-Tarifvertrag, wie er von Beschäftigten, Personalräten und den Gewerkschaften ver.di und DJV als Tarifpartnern seit Monaten gefordert wird. Beschäftigungssicherung für Feste und Freie ist die Hauptforderung der Gewerkschaften. So war es auch beim neuerlichen Verhand-

lungstermin am 9. Mai. Lediglich zur Zusage, weiter interne Überlegungen anzustellen, hat sich die Arbeitgeberseite in Sachen Beschäftigungssicherung hinreißen lassen. In der Gehaltstarifffrage wird ebenfalls gemauert: Bei Neueinstellungen von Festen und bei der Beschäftigung neuer Freier soll der jeweils ungünstigere Tarifvertrag des ORB angewandt werden. Zudem: Betriebsbedingte Kündigungen könnten nur dann ausgeschlossen werden, wenn die Geschäftsleitung die Möglichkeit zu Zwangspensionierungen eingeräumt bekommt.

Nun soll erst weiter verhandelt werden, wenn der neue Verwal-



Forderungen auch zum Verhandlungsbeginn am 9. Mai.

tungsdirektor sein Amt angetreten hat. Als „fatal“ bezeichnet SFB-Personalratschefin Hanne Daum die Situation. „Der Überleitungstarif wird dringend gebraucht für Neueinstellungen, für

die Angleichung des Tarifniveaus und um betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen.“ Deshalb kämpfe man um eine schnelle Fortsetzung der Verhandlungen. **red.**

Äther-Alternative statt Platzen

„HeldInnen der Nichtarbeit berichten“ im OKB – eine Selbstdarstellung der Redaktion

Brecht meinte sinngemäß: „Wir können von ‚demokratischen Medien‘ erst dann sprechen, wenn die Menschen, die sich im Land befinden, sich in ihren Hoffnungen, Wünschen und Nöten auch

in den Medien selber widerspiegeln.“ Im Umfeld von 40 Fernsehsendern im Berliner Kabelnetz versuchen wir, uns selbst – erwerbslos oder davon bedroht – eine Stimme in der Medienland-

schaft zu geben. Entstanden ist unsere Senderreihe 1999 im Zuge einer damals rasch versiegenden Erwerbslosenbewegung. Wir verstehen diese Sendungen nicht nur als Entfaltung unserer eigenen Persönlichkeit, sondern sehen uns auch als Sprachrohr der sich mittlerweile revitalisierenden Erwerbslosenbewegung. Seit mehr als drei Jahren senden wir unter den Titeln BAMM (Berliner Arbeitsmarktmagazin) und „HeldInnen der Nichtarbeit berichten“ auf regelmäßigen Sendeplätzen im OKB. Zweimal pro Woche gehen wir freiwillig und heldenhaft in den Äther, und zweimal pro Woche beleuchten wir die aktuelle Politik kritisch. Und so setzen wir uns auseinander mit Problemen der Erwerbslosigkeit, Gewerkschaftspolitik, Stadt- und Sozialprojekten, Verkehrs- und Baupolitik, Demos, Umwelt, Frieden... Und zwar aus der Sicht Betroffener! Und so gut wir es eben ver-

mögen. Als Zeuginnen der Zerschlagung des „Sozialstaates“ und als BetrachterInnen des zunehmenden Dahinschmelzens unserer ohnehin schon beschei-

Heldhaft und
(freiwillig) kritisch

denen Existenzgrundlage bietet uns die Möglichkeit zur Artikulation in unserer Sendung eine bescheidene Alternative zum Platzen. Unterstützung fanden wir nicht nur in ver.di, sondern z. B. auch beim Betriebsrat der Bundesdruckerei oder bei netten Einzelpersonlichkeiten.

Am Mitmachen Interessierte können sich mittwochs um 16 Uhr im „Haus der Buchdrucker“, Dudenstraße 10, einfinden. Dort ist unser Redaktionstreffen. Oder montags 19 Uhr zur live-Sendung im OKB. **Hartmut Noack**

Foto: S. Wolkenhauer



Hoffnungen, Wünsche und Nöte live im OKB.

Das Sparargument

CDU beantragt Schließung des „Offenen Kanals“

„Der Offene Kanal ist endlich abzuschaffen“, steht über dem Antrag der CDU-Fraktion an das Abgeordnetenhaus, mit dem die Christdemokraten neuerlich versuchen, ein demokratisches Medium zu beseitigen. Diesmal kommt die CDU haushaltspolitisch. In der Begründung für die geforderte Einstellung des Sendebetriebs heißt es: „Im Zeitalter des Internets ist mittlerweile die mediale Vernetzung der Haushalte und damit die Möglichkeit der Darstellung und der Kommunikation aller Gesellschaftsgruppen so weit fortgeschritten, dass der teure Weg über den Unterhalt eines eigenen Fernsehkanals überflüssig geworden ist.“ Der Einsatz der ohnehin knappen Gebührengelder für den Offenen Kanal sei „nicht mehr zu verantworten“.

Der Vorstand des ver.di-Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie hat scharf dagegen Stellung bezogen. Statt über die Einstellung des OKB sollten die Län-

derregierungen der Hauptstadt und Brandenburgs „eher über die Ausweitung des OKB zum OKBB“ verhandeln. Dazu wäre eine Modernisierung des Medienstaats-

Antrag gehört
abgeschmettert

vertrages Berlin-Brandenburg anzustreben. In dem Protestschreiben werden wesentliche Aufgaben des Offenen Kanal genannt und seine Rolle bei der grundgesetzlich verankerten freien Meinungsäußerung gewürdigt. Das gelte speziell für die „Vermittlung gesellschafts- und sozialpolitischer Themen, die in den traditionellen Medien keine oder nur geringe Verbreitung“ finden. Der OKB vermittele außerdem Medien- und Sozialkompetenz an Kinder und Jugendliche, biete ausländischen Mitbürgern Sendemöglichkeiten und unterstütze die Ausbildung in Hörfunk und Fernsehen. **neh**

ANZEIGE

AOK - Die Gesundheitskasse
für das Land Brandenburg

Gesundheit und Gesundheitspolitik im Land Brandenburg

Sie recherchieren, brauchen Informationen, Zahlen, Daten, Hintergründe?

Rufen Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow
Pressesprecher Jörg Trinogga

Telefon: 03328 45-1513
Telefax: 03328 45-1514

E-Mail: joerg.trinogga@brb.aok.de
Internet: <http://www.aok.de>

AOK
Die Gesundheitskasse

Fotos: transit, Archiv, Montage: bleifrei/Sikora

DEN ANFÄNGEN WEHREN

**RÜCKBLICK AUF DEN
2. MAI 1933 GIBT ANLASS,
DIE GEGENWÄRTIGE LAGE
KRITISCH ZU BEWERTEN**



Das 1930 eingeweihte Haus des Metallarbeitersverbandes in der Alten Jakobstraße war ab 1934 Sitz der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront. Als IG-Metall-Haus bot es am 2. Mai 2003 den Ort für Debatten und Feiern: Karl Heinz Roth (rechts oben) und Christoph Butterwegge (Mitte) gaben Denkanstöße, die Klaus Renft Combo (2.v.r), Konstantin Wecker und andere sorgten für Stimmung. Interessierte Besucher fand die Ausstellung in der MedienGalerie (links oben).

Lange verdrängt, befassen sich die bundesdeutschen Gewerkschaften erst in jüngerer Vergangenheit mit einem düsteren Kapitel ihrer eigenen Geschichte: der Rolle, die der ADGB in der Endphase der Weimarer Republik und unmittelbar nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 gespielt hat. Den 70. Jahrestag der Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nazis am 2. Mai nahmen ver.di, DGB und IG Metall zum Anlass, die damaligen Ereignisse ins Gedächtnis zu rufen sowie auf bedenkliche Parallelen zwischen Vergangenheit und aktuellen Entwicklungen hinzuweisen.

ABWÄRTS IM FREIEN FALL

Der Bremer Historiker Karl Heinz Roth fasste die Ereignisse um den 2. Mai 1933 zusammen und stellte klar, dass es sich um eine bereits unaufhaltbare Entwicklung handelte. „Die Chance, die späteren Ereignisse aufzuhalten, war bereits Anfang Juni 1931 vertan“, so Roth. Hätten sich die Gewerkschaften seinerzeit massiv gegen die Brüning'schen Notverordnungen ge-



BESETZT, GEPLÜNDERT

Widerstand ist nirgends zu erwarten“, notierte Goebbels mit Blick auf die für den 2. Mai 1933 geplante Besetzung der Häuser der freien Gewerkschaften in seinem Tagebuch. Das war – von Ausnahmen wie beim Leipziger „Volkshaus“ abgesehen – keine Fehleinschätzung. Hatten doch die Gewerkschaftsspitzen selbst statt Gegenwehr „positive Mitarbeit“ empfohlen. Am Vortag der Besetzungsaktion hatten die braunen Machthaber 1,5 Millionen Demonstranten auf dem Tempelhofer Feld in Berlin zusammengetrommelt, um „der Arbeit die Ehre“ zurückzugeben. Hitler und Konsorten hatten den 1. Mai zum „Feiertag der Nationalen Arbeit“ gemacht und vollendeten die Gleichschaltung der gewerkschaftlichen Bewegung mit

wehrt, wäre möglicherweise der Lauf der Geschichte zu ändern gewesen. Tatsächlich jedoch war die Arbeiterbewegung zu dieser Zeit bereits stark polarisiert: Der Gegensatz zwischen – weniger werden – vollbeschäftigten Industriearbeitern und dem großen Heer der Arbeitslosen nahm zu. Die Gewerkschaftsspitzen trugen in dieser Situation zur Durchsetzung lohn-senkender Schlichtersprüche sowie der Notverordnungen bei. Unmittelbar nach der Machtübernahme durch Hitler biederten sich Funktionäre des ADGB gar den Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen (NSBO) sowie der NSDAP an. Die NSBO wiederum, so Roth, hatten nur ein Ziel, nämlich ADGB und den Angestelltenverband AFA quasi zu übernehmen, um sich selbst an die Spitze der Gewerkschaftsbewegung zu stellen. Allein – das Ziel der NS-Führung war bereits Anfang 1933 nicht, die national-syndikalistische Bewegung zu stärken oder sich überhaupt durch „Experimente“ mit den Gewerkschaften aufzuhalten. Vielmehr wurden bereits durch Bündnisse mit Reichswehr und Rüstungsindustrie die ersten Vorbereitungen für den

Krieg getroffen. „Die Gewerkschaftshäuser waren seit März 1933 wiederholt gestürmt und geplündert worden. Der gewerkschaftliche Alltagsbetrieb war lahmgelegt“, führte Roth aus. Es war kein Zufall, dass die Nazis ausgerechnet einen Tag nach dem von ihnen deklarierten „Tag der Arbeit“ zum finalen Schlag ausholten, die Gewerkschaftshäuser besetzten und ADGB-Funktionäre in „Schutzhaft“ nahmen. Gewerkschaftlicher Widerstand gegen das NS-Regime formierte sich im Wesentlichen erst nach dem 2. Mai, doch fehlte es dafür an Aktionsraum.

BEDENKLICHE PARALLELEN

Der Historiker Roth, die Politologen Christoph Butterwegge (Köln), Bodo Zeuner und Richard Stöss (beide aus Berlin) stellten bei der Veranstaltung klar, dass die derzeitige Situation in der Bundesrepublik Parallelen aufweise, sich aber auch in wichtigen Punkten unterscheidet. So führte Karl Heinz Roth aus, dass die deutsche Bevölkerung zu Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre einem „katastrophalen Kahl-schlag in der Sozialpolitik“ ausge-

setzt war. Die Reallöhne sanken, Krankengeld, Sozialrenten und Arbeitslosenunterstützung wurden beschnitten. Anders als damals gebe es heute jedoch keine Weltwirtschaftskrise, sondern Stagnation in Binnenwirtschaften, so Roth. Butterwegge betonte, dass das bundesdeutsche Bruttoinlandprodukt auch derzeit durchaus wachse. Kaum zu übersehen seien allerdings die Ähnlichkeiten in der Argumentation, Sozialleistungen und Arbeitnehmerrechte abzubauen. Dass der Sozialstaat „zu großzügig“ sei und gestützt werden müsse, sei mittlerweile fast schon Konsens in der öffentlichen Wahrnehmung, so Butterwegge.

„Empirischen Untersuchungen hält diese Behauptung jedoch nicht stand“, erklärte der Politologe. So liege die Bundesrepublik bei der Qualität der Sozialleistungen im EU-Vergleich allenfalls noch auf Platz 8 oder 9. Tatsächlich gebe es „eine Krise des Kapitalismus, doch öffentlich wird die Krise dem Sozialstaat in die Schuhe geschoben“. Butterwegge plädierte für massiven Widerstand gegen diesen Prozess des Abbaus an Errungenschaften und Leistungen nicht zuletzt sei-

tens der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder. Eine weitere bedenkliche Parallele zwischen Endphase der Weimarer Republik und Gegenwart liegt im Wandel der politischen Haltungen unter Gewerkschaftlern. Die FU-Professoren Bodo Zeuner und Richard Stöss untersuchen derzeit – gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung – unter der Überschrift „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ die Ursachen dieser bereits empirisch nachgewiesenen Verschiebung.

„Bis in die 80er Jahre waren Gewerkschafter weitgehend immun gegen Rechtsextremismus“, sagte Richard Stöss. Doch in den zurückliegenden Jahren sei eine verstärkte „Anfälligkeit“ von Gewerkschaftern für rechte politische Positionen und Parteien auszumachen. Hier könne nur umfassende politische Bildungsarbeit Abhilfe schaffen. Und nicht zuletzt gehöre dazu auch die Umsetzung der Erkenntnis, dass eine zunehmend globalisierte Ökonomie eine international agierende Arbeitnehmerbewegung erfordere.

Gudrun Giese

Ausführliche Informationen zur Studie unter www.berlin-brandenburg.dgb.de/jugend/rag



Fotos: transit/C.v.Polentz

NDERT, GLEICHGESCHALTET

der Verhaftung und Verschleppung von Funktionären und der Beschlagnahme der aus Arbeitergroßgruppen gebildeten Organisationsvermögen. Allein in Berlin wurden gleichzeitig 26 Gewerkschaftshäuser durch SA und SS besetzt. Die „Wahrzeichen der Verbände“ – zugleich oft architektonisch bemerkenswerte, identitätsstiftende gewerkschaftspolitische und kulturelle Zentren – wurden geplündert und später zweckentfremdet.

„Die Wahrzeichen der Verbände“ gaben auch der Ausstellung den Titel, die vom 30. April bis 6. Juni in der Medien Galerie in der Dudenstraße an die Ereignisse des 2. Mai und seine Vorgeschichte erinnerte. So angebracht es sei, sich vor eiligen historischen Parallelen zu hüten, sagte Susanne Stumpfenhusen, ver.di-

Landeschefin von Berlin-Brandenburg zur Eröffnung, so nötig sei es doch, dieses düstere Kapitel deutscher Gewerkschaftsgeschichte aufzuarbeiten, Zivilcourage und politischen Widerstand sowie die Verteidigung von demokratischen Rechten einzufordern. Prof. Siegfried Mielke, Historiker am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität, beleuchtete die soziale Situation zum Ende der Weimarer Republik. „Wir hatten den Kampf verloren“, resümierte der fast 99-jährige Karl Richter. Der spätere Vorsitzende der IG Druck und Papier in (West)Berlin war 1933 einer der Bezirksvorsitzenden des Vereins Berliner Buchdrucker und sprach als Zeitzeuge. „Geschlossenheit gegen die rechte Bewegung“ sei die Schlussfolgerung für die Gegenwart. **H.N.**

RECHTSEXTREME ANFÄLLIGKEIT?

Am 2. Mai 1933 wurden die freien Gewerkschaften von den Nazis zerschlagen. Am 2. Mai 2003 muss man feststellen, dass Gewerkschaftsmitglieder gegenüber Rechtsextremismus anfälliger sind als der Durchschnitt der Bevölkerung! Was ist hier los?

Andreas Köhn: Eine Forsa-Umfrage im Jahre 2000 in Berlin und Brandenburg hat gezeigt, dass die Anfälligkeit für rechtsextreme Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern um zwei Prozent höher ist als bei der Gesamtbevölkerung. Dies ist aber auch regional sehr unterschiedlich. So liegt im alten Westberlin unter Gewerkschaftsmitgliedern die Anfälligkeit gegenüber rechtsextremen Einstellungen bei 20 Prozent, im Ostteil der Stadt dagegen bei 10 Prozent und im Land Brandenburg bei 19 Prozent, wobei dort die Anfälligkeit für rechtsextreme Einstellung in der gesamten Bevölkerung bei 22 Prozent liegt.

Es gibt insbesondere in Westberlin dafür historische als auch soziale Ursachen. Seit dem Fall der Berliner Mauer stieg die Arbeitslosenquote in Berlin, aber auch in Brandenburg überdurchschnittlich schnell

im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet. Studien belegen, dass die Orientierung auf rechtsextreme Einstellungen immer Ausdruck von Unzufriedenheit mit der Politik ist.

Wie gehen die Gewerkschaften mit dieser Situation um?

Dieser Sachverhalt wird sowohl in unseren Mitgliederpublikationen, als auch auf Seminaren und in extra aufgelegten Broschüren thematisiert. Prinzipiell handelt es sich natürlich um ein heikles Thema für die Gewerkschaften, aber diese gehen offensiv damit um. ver.di unterbreitet auch regelmäßig den Vertrauensleuten, den Personal- und Betriebsräten Beratungsangebote zum Umgang mit Kolleginnen und Kollegen, die rechtsextreme bzw. fremdenfeindliche Einstellungen zeigen. Diese Angebote werden bedauerlicherweise noch nicht in dem Umfang abgefordert, wie es eigentlich notwendig wäre. ver.di Berlin-Brandenburg hat extra zu diesem Thema eine eigene Homepage unter www.agrexive.de eingerichtet, wo man Ansprechpartner findet.

(Aus einem Interview des „Neuen Deutschland“ mit dem stellvertretenden ver.di-Landesbezirksleiter vom 2. Mai 2003)

Neustart und Aufatmen?

Am Theater des Westens bereitet die Stage Holding ihre erste Premiere vor



Mitte Mai hat der Vorverkauf für „Les Misérables“ begonnen. Mit dem Musical will die Stage Holding ab Ende September das „Theater des Westens“ en suite bespielen. Es wird sich zeigen, ob es gelingt, die künstlerische Erstartung, in die das traditionsreiche Berliner Haus unter der Leitung von Elmar Ottenthal zunehmend verfiel, in einer rauschenden Premiere aufzulösen. Gegenwärtig wird jedenfalls ein Millionenbetrag in neue Technik, frische Farbe, aufgepeppte Bars, ein großzügigeres Foyer und eine vergrößerte Garderobe gesteckt. Im August sollen die Proben beginnen. Allgemeines Aufatmen auch für die Beschäftigten?

Nach langen Querelen hatte das Land Berlin, bis dahin 100-prozentiger Gesellschafter der

Theater des Westens GmbH, das Haus an der Kantstraße zum Jahresende 2002 an die Stage Holding (Deutschland) verkauft. Die Theater-GmbH und ihre Strukturen blieben beim Eigentümerwechsel erhalten. Der Betriebsrat und ver.di hatten bereits im Vorfeld Forderungen an den Senat gerichtet, um Beschäftigungssicherung zu erreichen und eine Verschlechterung der Vertrags- und Arbeitsbedingungen für die etwa 100köpfige Belegschaft auszuschließen. Dabei sei es, so der stellv. Betriebsratsvorsitzende Michael Tuchs, neben der Erhaltung der Lohn- und Gehaltsstrukturen vor allem auch um die Fortführung der Zusatzrenten-Leistungen durch die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) gegangen. Zahlreiche Mitarbeiter haben daraus bereits über Jahrzehnte Anwartschaften erworben. Diese Verpflichtung würde die Stage Holding zumindest für die Neueinstellungen gern umschiffen. Deshalb hat sie

kürzlich die Theater des Westens Produktionsgesellschaft gegründet, die inzwischen etliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu unter geänderten Vertrag genommen hat. Zwei-Klassen-Beschäftigte würde der Betriebsrat, dem von der Geschäftsführung unter Thomas Lüdicke die Mitbestimmungsrechte auch für die neue Gesellschaft zumindest mündlich zugesichert wurden, gern verhindern. Neben der tarif-

Ein Theater –
ein Tarif!

vertraglichen Absicherung der Mitspracherechte für die neue Gesellschaft streben ver.di und die gewerkschaftliche Tarifkommission an, dass künftig alle Beschäftigten – auch die, die noch nach BTT-Tarifen bezahlt werden – in den einst von der ÖTV abgeschlossenen Manteltarifvertrag einbezogen werden. Zu diesem

Zweck sollten der MTV und das Lohngefüge entsprechend den neuen Bedingungen am Haus ergänzt werden. Die Eingruppierung etwa von Stage Managern, die in der neuen Gesellschaft die Inspektanten ersetzen, und anderen Vertretern neuer Berufsbilder wäre momentan schwierig. Zudem ist in den kommenden Wochen mit weiteren Neueinstellungen in nennenswertem Umfang zu rechnen, da Darsteller für „Les Misérables“ und mindestens 20 Musiker für ein bei der Stage Holding übliches Life-Orchester engagiert werden müssen. Der Betriebsrat möchte in die Personalplanungen konstruktiv einbezogen werden. „Wir stehen dabei als Interessenvertretung nicht schlecht da“, meint Michael Tuchs. Auch die Tatsache, dass der von Ottenthal vermeintlich gekündigte Tarifvertrag real für das Theater des Westens fortbesteht, stärke die Position der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretung. **neh**

VORGESTELLT

FACHGRUPPE 9
Bildende Kunst

Freilich ist das „sprechende Bild“ symbolisch zu sehen. Denn die Mitglieder dieser kleinsten der elf Fachgruppen im Fachbereich 8 treten mit vielfältigen Exponaten an die Öffentlichkeit: mit Malerei, Grafik, Bildhauerei, Objektkunst, Filminstallation, künstlerischer Fotografie, Videos, Textilkunst, Performance, Design.

Mehr noch als die Schriftstellerinnen und Schriftsteller sind sie Einzelkämpfer. Jene haben immerhin noch einen Lektor und den Verlag an ihrer Seite. Die bildenden Künstlerinnen und Künstler schaffen zumeist im stillen Kämmerlein und brauchen die Gewerkschaft als Partnerin sehr. Darum auch entschieden sich Berliner und Brandenburger schon seinerzeit für den Eintritt in die IG Medien, als diese Drucker,

Wo Bilder sprechen

Journalisten und Künstler vereinigte. Nun gehören sie zu ver.di.

Musterverträge, Honorarempfehlungen u.a. hat die Gewerkschaft ihnen erarbeitet. Wichtig bleiben jedoch persönliche Beratung und Beistand, so bei der Durchsetzung gesetzlicher und vertraglicher Ansprüche. Denn



gegenwärtige Sparmaßnahmen treffen da Kunstschaffende ganz besonders. „In dieser komplizierten Situation“, so Anke Jonas, die zuständige ver.di-Fachbereichssekretärin, „macht sich die Gewerkschaft stark dafür, dass Leute, die Kunst machen, auch von der Kunst leben können“.

In Seminaren für alle Freien wird Hilfe bei Existenzgründung und

„Selbstvermarktung“ angeboten. Auch das Schulungsheim in Hörste lädt zu speziellen Lehrgängen ein. Erfahrungsaustausch ist in der jährlich mindestens einmal stattfindenden Mitgliederversammlung angesagt. Oder auch bei gemeinsamen Vorhaben, wie seinerzeit der Ausstellung in der Mediengalerie in der Dudenstraße „Zukunft der Arbeit – Zukunft der Nichtarbeit“, von der auch eine CD-Rom existiert. Ausgehend von diesem gelungenen Objekt könnte über weitere Aktivitäten nachgedacht werden. Denn beson-

GEGEN DEN KRIEG!



SCHON WIEDER DIESER WUNSCH
IM FREMDEN SCHNEE ZU SITZEN

ver.di

Fachbereich 8 Medien
Berlin, Brandenburg
und Sachsen-Anhalt

ders die in dem Zusammenhang stattgefundenen Organisationsrunden brachten Anregung und Stärkung. **Eva Brillke**

Die Märkisch-Oderland (MOL) Kultur GmbH war eine Sturzgeburt. Das hängt ihr bis heute an und wird alle, die mit ihr zu tun haben, auch weiter beschäftigen. Doch es gibt sie nun mal. Und das ist ein nicht zu überschätzendes Gut. Die Frage ist, wie man künftig mit ihr umgeht.

1996 war es, als im Landkreis Märkisch-Oderland die Frage Wellen schlug, wie der Kreis künftig mit seinen „nachgeordneten Einrichtungen“ verfahren solle. Derartige Kultureinrichtungen gibt es etliche zwischen Lebus, Bad Freienwalde und Strausberg. Und wie das so ist bei einem Flächenland, alle liegen ziemlich weit gestreut. Die damaligen Entscheidungsträger präferierten eine Quasi-Privatisierung, lockten mit freier Entscheidungsbefugnis für die Kultureinrichtungen, kündigten alle bisherigen Mitarbeiter, führten dann doch einen Betriebsübergang nach § 613a durch und gründeten zum 1. Januar 1997 die MOL Kultur GmbH. Der straffe Personalüberleitungsvertrag, 49 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählten damals zum Stammpersonal, und die enge Budgetierung bestimmen bis heute Wohl und Wehe der regionalen Kultureinrichtungen. Mit ihnen wird von der Politik gern Reklame gemacht: Die Kreismusikschule mit 60 Außenstellen, die 1300 Schülerinnen und Schüler betreut und – wenn gewünscht – bis zur Hochschulreife führt. Die 16 festangestellten Lehrerinnen und -lehrern werden von über 50 freien Musiklehrern unterstützt. Zu den Leuchttürmen öffentlicher Musikschulbildung zählt etwa das nun-

Nicht Fisch und nicht Fleisch

mehr 40 Jahre bestehende Jugendblasorchester in Bad Freienwalde. Die Gedenkstätte Seelower Höhen wird das ganze Jahr über von vielen Gästen, auch historisch interessierten Touristen besucht, und das Kreiskulturhaus Seelow ist mit Festen und Veranstaltungen bemüht, den Saal zu füllen. Das Schloss Bad Freienwalde soll in diesem Jahr nach umfangreicher Sanierung neu eröffnet werden. Im Freilichtmuseum Alt-Ranft wird an Aktionstagen die alte Bockwindmühle in Betrieb gesetzt und pädagogische Schülerbetreuung groß geschrie-



Maxi Pincus-Pamperin vor ihrer Arbeitsstätte, dem Brecht-Weigel-Haus in Buckow. Am 9. Juni präsentierte Barbara Thalheim dort beim Literatursommer „Leben in Liedern“.

Kultur wird sich niemals alleine tragen können

Das erfährt auch die Belegschaft der Märkisch-Oderland Kultur GmbH immer schmerzhafter am eigenen Leibe

ben. Und im Brecht-Weigel-Haus in Buckow locken – neben der regelmäßigen Schau – gerade die Veranstaltungen des 6. Literatursommers Besucher an.

Die Häuser und Grundstücke behielt allerdings der Landkreis im Besitz, dessen 100prozentige Tochter die Kultur GmbH ist. „Wir sind nicht Fisch und nicht Fleisch, eigentlich gar keine richtige GmbH und auf Gedeih und Verderb auf die Gunst der gewählten Politiker angewiesen“, meint Maxi Pincus-Pamperin, Betriebsrats-Urgestein, jetzt stellvertretende Vorsitzende. Finanzzuschüsse von einst 3 Millionen DM waren bis 2002 festgeschrieben. „Kultur wird sich niemals alleine tragen können“, meint die Betriebsrätin. Doch obwohl die Mitarbeiter, vor allem durch die Musikschulen, sogar einen Überschuss erwirtschaften, mussten Tarifierhöhungen mühsam erkämpft werden. Die Geschäftsführung – zumeist eher betriebswirtschaftlich orientiert – und die Gesellschafter – jeweils gewählte Parteienvertreter – haben kaum Kulturkonzepte, noch weniger Visionen, und fahren zunehmend einen Sparkurs. Viel unnötiges Chaos war die Folge. „Investiert wird überhaupt nur in das Nötigste, Eigeninitiative zunichte ge-

macht“, weiß Betriebsratsvorsitzender Holger Witthuhn. Seit verganginem Jahr versucht die Geschäftsführerin offenbar, Mitarbeiter verhaltensbedingt zu kündigen. „Als Betriebsrat sehen wir unseren Weg mit der Behandlung von Abmahnungen gepflastert“, so Pincus-Pamperin. Nur etwa 35 der ehemals übernommenen Mitarbeiter seien noch tätig. Für Neueingestellte gelte der Personalüberleitungsvertrag nicht und schlechtere Bedingungen bei Ge-

Die Zukunft vage – die Haltung kämpferisch

halten und Kündigungsschutz. Auch das Betriebsklima habe sich weiter verschlechtert. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hochmotiviert und geben ihr Möglichstes. Doch inzwischen wird selbst der Betriebsrat kaum gehört. Seit einem dreiviertel Jahr wurden wir nicht mehr zur Gesellschafterversammlung geladen, seitdem fehlt uns jeder Überblick über die Wirtschaftlichkeit“, beklagt Witthuhn. Dass die Lage angespannt ist, darauf deutete eine Eintrittspreishöhung der Museen ab 1. April. Auch die neuesten Bestimmungen für ABM, SAM und ge-

ringfügig Beschäftigte erschweren kontinuierliches Arbeiten. 2002 waren noch 70 solche Kräfte in den verschiedenen Einrichtungen der MOL GmbH tätig. Ohne sie funktionierte wenig, noch weniger, wenn sie neuerdings oft nur für sechs Monate eingesetzt werden können.

„Unsere Gesellschafter werden klar sagen müssen, was sie sich künftig noch leisten können“, ist Maxi Pincus-Pamperin überzeugt. Bisher gibt es nur eher vage Ankündigungen. Über einen Haustarif soll möglicherweise verhandelt werden. Doch auch von einem Trägerwechsel wird gemunkelt. Nach den Kreistagswahlen im September dürfte sich ohnehin alles neu mischen. Für Ende Juni ist eine Belegschaftsversammlung anberaumt. Es könnten neue Sparmaßnahmen angekündigt werden. Oder man will es aussitzen. „Was immer verkündet wird, wir werden es nicht mittragen“, meint die Betriebsrätin selbstbewußt. Doch gleichfalls fürchtet sie: „Im laufenden Jahr werden die Gesellschafter uns noch durchziehen. Aber schon der neue Kreistag kann sich von allen bisherigen Zusagen verabschieden. Kultur ist eben nur eine politisch-moralische Pflichtaufgabe.“

Helma Nehrlich

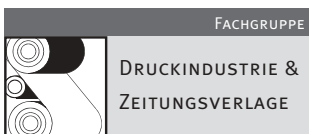
WARNSTREIKS IN DER TARIFRUNDE



In rund 70 Betrieben beteiligten sich mehr als 7500 Beschäftigte der Druckindustrie und der Papierverarbeitung an Warnstreiks und betrieblichen Aktionen. Auch in drei Berliner Betrieben, so bei Elsner-Druck, wurde die Arbeit niedergelegt, um den ver.di-Verhandlungsführern in der aktuellen Tarifaufeinanderersetzung den Rücken zu stärken. Während in der Papierverarbeitung ein Abschluss erreicht wurde, platzten die Gespräche in der Druckindustrie. Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Bundesvorsitzender, rief die Beschäftigten der Druckindustrie auf, auch in den kommenden Wochen standhaft zu bleiben. Die Verhandlungskommission müsse noch stärker unterstützt und den Unternehmern noch energischer gezeigt werden, dass sie hinter der gewerkschaftlichen Forderung stehen. **sil**

Kleinbetriebe sind besonders wichtig

Vertrauensleute sind die ver.di-Basis in den Betrieben und brauchen Schulung



FACHGRUPPE

DRUCKINDUSTRIE &
ZEITUNGSVERLAGE

Streiks und Warnstreiks in der Druckindustrie und Papierverarbeitung dominierten in den vergangenen Wochen die Gewerkschaftsarbeit. Ohne das Engagement der ver.di-Vertrauensleute in den Betrieben wäre dieser Arbeitskampf nicht möglich gewesen. „Sie wählen die betriebliche Streikleitung, denn die Betriebsräte dürfen nicht zum Streik aufrufen. Außerdem informieren sie die Kolleginnen und Kollegen über die Ideen und Ziele der Gewerkschaft“, betont Manfred Föllmer, zuständiger ver.di-Fachsekretär für den Bereich Druckindustrie und Zeitungsverlage in Berlin-Brandenburg. Bereits im Vorfeld der Tarifaufeinandersetzung hat er Vertrauensleute im Arbeitskampfrecht geschult.

Umso bedauerlicher sei es, dass in vielen Betrieben keine Vertrauensleute mehr gewählt würden. „Das Prinzip der Vertrauensleute ist etwas in Vergessenheit geraten“, sagt Manfred Föllmer. „In den Großbetrieben ist es schon immer üblich gewesen, Vertrauensleute zu wählen, aber in den

Klein- und Mittelbetrieben ist dies vernachlässigt worden. Dabei arbeiten 90 Prozent unserer Mitglieder in Betrieben mit maximal 100 Beschäftigten.“ Gewählt werden die Vertrauensleute von den ver.di-Mitgliedern eines Betriebes. Sinnvoll sei es, dass jede Abteilung ihre eigenen Vertrauensleute bestimmt. „In der Regel wählen 10, 20 maximal 25 Mitglieder eine Vertrauensfrau oder einen Vertrauensmann“, erklärt Manfred Föllmer. Vertrauensleute genießen nicht den Kündigungsschutz, der für Betriebsräte im Betriebsverfassungsgesetz geregelt ist. „Es gibt aber in der Druckindustrie eine Besonderheit, wir haben ein so genanntes Vertrauensleuteabkommen“, so Manfred Föllmer. „Soll eine Vertrauensfrau oder ein Vertrauensmann entlassen werden, müssen zuvor die Tarifvertragsparteien

angehört werden.“ Denn natürlich sei einigen Arbeitgebern die Gewerkschaftsarbeit im eigenen Haus ein Dorn im Auge. „Auch wenn sie dies als Kündigungsgrund nie zugeben würden, kann

Kontakt zu ver.di:

030/86 31-0



Fotos: transit

Manfred Föllmer

es bisweilen doch unterstellt werden“, ist sich Manfred Föllmer sicher.

Die Aufgaben der Vertrauensleute sind vielfältig und nicht auf die Zeit des Arbeitskampfes begrenzt. Sie stellen die gewerkschaftlichen Kandidatenlisten für die Betriebsratswahl auf, werben Mitglieder, engagieren sich aber auch in der betrieblichen Bildungsarbeit und der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Außerdem informieren sie die Beschäftigten über die Gewerkschaft, zum Beispiel durch Aushänge am schwarzen Brett oder Betriebszeitungen. Mit ihren breit gefächerten Aufgaben lässt ver.di sie nicht allein und bietet speziell-

le Seminare an. Für neu gewählte Vertrauensleute führt Manfred Föllmer Einsteigerschulungen durch, die unter anderem die Rechte der Vertrauensleute und Betriebsräte beinhalten, aber auch das Tarifrecht. „Die Seminare werden nur auf Anforderung und nicht ins Blaue hinein angeboten“, betont Manfred Föllmer. Dafür wird der Inhalt der Schulung mit den Seminarteilnehmern abgestimmt und auf ihre speziellen Anforderungen zugeschnitten. „Ich habe zum Beispiel mehrfach Veranstaltungen mit Vertrauensleuten aus der Bundesdruckerei durchgeführt“, erzählt Manfred Föllmer. Ein Seminar befasste sich hauptsächlich mit Fragen rund um die Arbeitszeitregelung. „Die Geschäftsleitung wollte Arbeitszeitkonten, dies haben wir inzwischen auch tariflich geregelt. Aber wie das betrieblich umgesetzt wird, wurde im Seminar erörtert“, sagt Manfred Föllmer. Für den Herbst plant er Schulungen für Vertrauensleute in Klein- und Mittelbetrieben.

Wer sich für Schulungen interessiert oder mehr über die Arbeit von Vertrauensleuten wissen möchte, kann sich an seinen zuständigen ver.di-Fachsekretär wenden. **Silke Leukfeld**



Gefragt – geantwortet

Mitgliederumfrage signalisiert Bereitschaft zum Engagement

Nach der Wahlversammlung im vergangenen Jahr wollte es der Fachgruppenvorstand der Bildenden Künstler wissen: Was erwarten die Mitglieder von der Arbeit des neugewählten Vorstandes? Wie kann die Arbeit verbessert werden? Wer hat Interesse mitzuarbeiten? 22 Kolleginnen und Kollegen waren bereit, dem Vorstand die gewünschten Informationen zu geben. 21 von Ihnen gaben an, vorrangig aus gewerkschaftlichen Gründen Mitglied der Fachgruppe zu sein, gefolgt von der Inanspruchnahme von

Serviceangeboten und um Informationen zu erhalten.

Bei der Frage, welche Themen die Mitgliederversammlungen haben sollten, gab es 19 verschiedene Vorschläge, die z.T. aber eher Themen für Bildungsveranstaltungen sind. Eine Forderung war, das Thema „Ausstellungshonorare“ zu thematisieren und so wird diese Problematik Hauptthema unserer nächsten Mitgliederversammlung am 24. September 2003, ab 16.00 Uhr, in der Köpenicker Str. 55, Raum 5.21, sein.

Im Herbst wird ein Seminar zum Thema „Konfliktbewältigung“ stattfinden, das durch unsere Frageaktion angeregt wurde. Die Themenvorschläge sind so umfangreich, dass sie in dieser Wahlperiode ganz bestimmt nicht abgearbeitet werden können, allerdings bietet der Fachbereich „Freien-Seminare“ an, die zwar nicht speziell für Bildende KünstlerInnen konzipiert sind, aber deren Probleme mit aufgreifen. Auf diese sollte ggf. zurückgegriffen werden. Besonders erfreulich ist, dass auf die Frage, ob Bereit-

schaft besteht, selbst aktiv mitzuarbeiten, 11 Mal das Ja angekreuzt wurde. Der Vorstand hofft sehr, dass diese Kolleginnen und Kollegen auch zur Mitgliederversammlung kommen und sich in die Diskussion mit einbringen und ggf. Aufgaben übernehmen.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die die Fragen beantwortet, Kritik geäußert und Ideen für die Arbeit mit eingebracht haben, herzlichen Dank. Der Vorstand wird sich bemühen, die Anregungen soweit wie möglich in die Arbeit einfließen zu lassen. **A.J.**

Maritimes zum Sommer

Medien Galerie zeigt lateinamerikanische Seestücke

Verschiedene Wasser-Szenarien aus drei lateinamerikanischen Ländern – Peru, Mexiko und Guatemala – die die Fotografin Gerta Stecher aufgenommen hat, sind seit dem 18. Juni 2003 in der Mediengalerie im Haus der Buchdrucker in der Dudenstraße zu sehen. Passend zur Jahreszeit läuft die Fotoausstellung, die gemeinsam mit dem Lateinamerika-Forum Berlin veranstaltet wird, noch bis 22. August. Die Journali-

stin und Fotografin Gerta Stecher will „die ganze Spannweite des kühlen Nass“ demonstrieren und zeigt Wasser als Lebenselixier, Arbeitsfeld, Transportmittel, Nahrungsquelle und Landschaftsformation an Meeresküsten und Seeufnern, insgesamt also „das harte und das poetische Leben in und mit dem Wasser“. Für Ende August wird eine Ausstellung über den Schriftsteller Peter Edel als Zeichner vorbereitet. **red.**

Nicht ohne einen Termin!

ver.di Berlin bietet wieder Lohnsteuerberatung an

Seit einigen Wochen bietet der ver.di-Bezirk Berlin im Rahmen des gewerkschaftlichen Lohnsteuerservice wieder Lohnsteuerberatungen für Mitglieder an. Der kostenlose Service, der von drei Lohnsteuerbeauftragten geleistet wird, findet zunächst einmal wöchentlich, jeweils donnerstags von 15 bis 20 Uhr statt. Beraten werden können ausschließlich Berliner ver.di-Mitglieder. Im Interesse eines reibungs-

losen Ablaufs und möglichst kurzer Wartezeiten, wird um Voranmeldung bei Kollegin Susanne Steinbruch, Tel. 030 / 86 31-21 09, e-mail: Susanne.Steinbruch@verdi.de gebeten, die die Terminvergabe koordiniert.

Zu den Beratungen mitzubringen sind in jedem Fall der ver.di-Mitgliedsausweis sowie die Lohnsteuerkarte und weitere Unterlagen, über die bei Terminvergabe informiert wird. **red.**

SOLIBASAR 2003: MACHETEN UND SAATGUT

Der diesjährige Solidaritätsbasar der Berliner Journalistinnen und Journalisten findet am 6. September 2003 – wie immer von 10.00 bis 17.00 Uhr – auf dem Berliner Alexanderplatz statt. Bisher haben mehr als 50 Berliner Medien und Nichtregierungsorganisationen ihre Beteiligung zugesagt. Der Spendenerlös des diesjährigen Solibasars geht an ein Projekt der Berliner Organisation OIKOS eine Welt e.V. zugunsten der Rückkehr von Familien in ehemalige Bürgerkriegsgebiete Angolas. Mit den eingenommenen Spendengeldern sollen Starterpakete im Wert von 50 Euro pro Familie angeschafft werden. Sie umfassen

Rückkehr von Familien in ehemalige Bürgerkriegsgebiete Angolas ermöglichen



Foto: transit/C.v.Polentz

dann eine Machete, zwei europäische Hacken, zwei traditionelle Hacken, eine Feile, 800 Pflanzbeutel sowie Saatgut. Diese Unterstützung ermöglicht es den Familien, in ihre Heimatregion zurück zu kehren und dort die Eigenversorgung mit Mais und anderen Regenfeldbaukulturen zu reaktivieren.

Natürlich wird es – wie in den vorangegangenen Jahren – auch wieder ein Bühnenprogramm und Angebote für Kinder und Jugendliche geben. Die Schirmherrschaft hat die Sängerin Angelika Mann übernommen, die auch Beiträge zum Bühnenprogramm leisten wird. **Andreas Köhn**

Einfühlsam und pointiert

Zum Tod des Filmemachers Uwe Belz

Am 29. und 30. März dieses Jahres nahmen Filmfreunde mit einer Retrospektive im Berliner Kino „Babylon“ Abschied von dem Dokumentaristen und Filmemacher Uwe Belz. Er war nach schwerer Krankheit am 17. Dezember 2002 gestorben.

Rund 150 Streifen hat Uwe Belz als Regisseur und Autor geschaffen, die meisten bei der ostdeutschen DEFA. Eine erstaunliche Zahl, nimmt man die Gesamtproduktion der DDR-Filmstudios zum Vergleich. Dass Uwe Belz dennoch kein Star im landläufigen Sinne war, ist seinem Genre geschuldet. Der klassische Dokumentarfilm war und ist etwas für die kleineren Säle. Dabei war Regisseur gar nicht die erste Berufswahl für den 1937 geborenen Berliner. Uwe Belz wurde zunächst Optiker und Fotograf. Dann folgte das Regiestudium an der Hochschule für Film und Fernsehen in Babelsberg. 1961 dann die Anstellung bei der Künstlerischen Arbeitsgruppe „document“ im DEFA Studio für Dokumentarfilme.

Diese Arbeit führte Uwe Belz an Orte und in Bereiche, die unterschiedlicher nicht sein konnten. Mal porträtierte er mit tiefer Einfühlsamkeit die „kleinen Leute“, wie die Rostocker Fischfrau in „Min Herzing“ oder den Marine-Koch in „Smutje Baubi“. Mal zeigte er auf seine ganz eigene, pointierte und gefällige Art die „Großen“, wie den westdeutschen Ex-General Gerd Bastian oder Pablo Neruda. Er suchte und zeigte in unzähligen Alltagsporträts „Helden, die ehrlich sind und sich mit Humor, Schlagfertigkeit und Mutterwitz mitteilen“. Das konnten eine junge Schäferin sein, Tiefseetaucher, Travestiekünstler aber auch Karl Marx, Heinrich Heine, Karel Gott oder Manfred Krug, den er bereits 1973 als Swing- und Jazzinterpreten zeigte und noch einmal 1999 in dem eindrucksvollen abendfüllenden Special „Wenn ich singe“. Aber auch der Altstofffassung in der DDR widmete Belz sich mit der ihm eigenen subtilen Ironie und feinsinnigem Humor.

Besondere Vorliebe galt jedoch den Reisereportagen, die den Filmemacher vor allem nach Asien führten. Unterhaltsam und mit originellem Blickwinkel präsentierte er etwa Jakutien, mehrfach Vietnam und Laos und schließlich 1988 in einer neunteiligen Serie die weite Reise „Stromabwärts nach Schanghai“. Daneben standen Regiearbeiten am Friedrichstadtpalast und der Volksbühne, Dozententätigkeit an der Filmhochschule in Potsdam-Babelsberg und immer wieder Beiträge für das Fernsehen. Mit zahlreichen Personalityshows, Fernsehfilmen, Künstlerporträts und der legendären Kultsendung „Showkolade“ gelang Belz der damals recht schwierige Balanceakt unangepasster niveauvoll-vergnügender Fernsehunterhaltung.

Nach der Wende und dem Ende der DEFA widmete sich Uwe Belz ausschließlich der Fernseharbeit, vor allem bei ORB und MDR. Vom „Heim für Tiere“ über Dostojewskis Urenkel, die vierteilige Reihe „Das war die DDR“, „Die



Foto: Privat

Suchte den originellen Blickwinkel: Uwe Belz

Ufa Stars“ bis „Bäume für Simbabwe“, reicht der Bogen nur einiger Produktionen. Besondere Freude machte ihm in den letzten Jahren die Mitarbeit am Kinderkanal von ARD und ZDF.

Mit der Reportage über den Volksstamm der Jukagiren im Jahre 2001 erfüllte sich für Uwe Belz noch einmal seine lebenslange Leidenschaft: die Neugier auf Menschen und das liebevolle Offenlegen des Subjektiven und Überraschenden, des Einfachen wie Komplizierten, stets stilistisch, inhaltlich und optisch perfekt, heiter-besinnlich und zutiefst humanistisch. **MM**

Dank und Ermunterung

ver.di Berlin ehrte 150 langjährige Gewerkschaftsmitglieder

In allen ver.di-Vorgängerorganisationen war es Brauch, und so folgte auch der Bezirksvorstand Berlin des Fachbereiches 8 der guten Tradition, seine langjährigen Mitglieder für Engagement und Treue zu ehren und ihnen Dank für ihre ausdauernde Mitarbeit zu sagen.

150 ver.di-Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die auf eine 25-, 40- oder gar 50jährige oder längere Mitgliedschaft zurückblicken können, waren am 19. Mai ins Casino der Firma De Te We nach Kreuzberg geladen. Andreas Köhn, Leiter des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie, begrüßte die Jubilare und wies darauf hin, dass ver.di seine treuesten Mitstreiter gerade zu einem Zeitpunkt ehrt, da die Gewerkschaften in unserem Land in bisher nicht gekanntem Maße



Foto: transit/v. Polentz

Ehrung und Blumen auch für Alfred Fleischhacker (links)

von vielen Seiten scharf angegriffen und diskriminiert werden, weil sie sich drastischem Sozialabbau im Interesse der Arbeitnehmer entgegenstellen.

Der stellvertretende Vorsitzen-

de des Bezirksvorstandes Berlin des Fachbereiches 8 Dr. Kurt Stephan überreichte den Jubilaren Urkunden, Ehrennadeln und Geschenke. Zu den Geehrten zählten zwei Kollegen, die bereits seit

einem Dreivierteljahrhundert in der Gewerkschaft sind: der 96-jährige Walter Voß arbeitete beim Rundfunk der DDR, zuletzt als Gestalter von geschichtlichen Sendungen für Jugendliche; der 92 Jahre alte Hans Möricke war beim Sender Radio Berlin International für Personal und Nachwuchs zuständig. Ein weiterer ehemaliger Rundfunkkollege, Alfred Fleischhacker, wurde für 60 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit geehrt.

Ein kleines Programm mit bekannten frechen Berliner Liedern lockerte die Atmosphäre und inspirierte die nachfolgenden Gespräche bei Speis und Trank. So konnte man auch erfahren, dass die beiden 75jährigen Jubilare regelmäßig an den Veranstaltungen der Seniorengruppe Funkhaus teilnehmen und auch am Wohnort noch aktiv sind. Alle Geehrten begleiteten gute Wünsche für Gesundheit und Schaffenskraft, damit sie sich auch künftig streitbar in das gesellschaftliche Leben einmischen können. **Hans-Peter Enderlein**

LANDESBEZIRK

Medien Galerie: Maritimes – Wasserszenarien aus Peru, Mexiko und Guatemala – fotografiert von Gerta Stecher – bis 22. August. Medien Galerie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin (U-Bhf. Platz der Luftbrücke, Bus 104, 119).

JOURNALISMUS

Bundesdeutsche Presseausweise: Neuausstellung oder Verlängerung montags bis donnerstags von 8.30 bis 16.30 Uhr. (Tel: 030/86 31-24 20)

Presseausweis der IOJ: Jeden zweiten Dienstag im Monat von 13 bis 15 Uhr in der Köpenicker Str. 55, Zi. 524 (Tel: 030/86 31-24 21). E-mail: ioj_deutschland@yahoo.de

Journalistenstammtisch: jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Cafe „Stresemann“ (Empore), Stresemannstr. 90, gegenüber Anhalter Bahnhof.

RFAV MEDIEN

Berliner Kinostammtisch: Jeden 1. Montag im Monat ab 20

**FERNSEHTIPP:
OFFENER KANAL**

**Erwerbslose
und andere Aktive
machen Fernsehen**

Sonntags 20.30 – 21.00 Uhr
HeldInnen der Nichtarbeit berichten. 1. Sonntag im Monat: Magazin, 2. Sonntag im Monat: Rund ums Fahrrad, 3. + 4. Sonntag im Monat: Spezial

Montags 19.00 – 19.30 Uhr
HeldInnen der Nichtarbeit berichten life

Donnerstags 19.30 – 20.00 Uhr
1. + 3. Donnerstag im Monat a.i.d.a., 2. + 4. Donnerstag im Monat kanalB

Offene Redaktionssitzung a.i.d.a. (Arbeiter-Interessen darstellen + aneignen): Montags 16 Uhr, Dudenstr. 10, ver.di_aida2002@yahoo.de

Offene Redaktionssitzung HeldInnen der Nichtarbeit: Mittwochs 16 Uhr, Dudenstr. 10, hdna@gmx.net

Uhr im Bistro Café am Arsenal, Fuggerstr. 35, 10777 Berlin (Tel. 030/ 214 14 77).

Stammtisch für Kleindarsteller: Jeden 1. Dienstag im Monat ab 18 Uhr am gleichen Ort.

LITERATUR

Bitte vormerken: Mitgliederversammlung VS Brandenburg am Freitag, dem 26. September, ab 14 Uhr in der Landesbibliothek Potsdam, Versammlungsraum, 6. Etage

Mitgliederversammlung VS Berlin am Mittwoch, dem 1. Oktober, ab 16 Uhr, Köpenicker Str. 55, Raum 10.02 (Container)

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, im „Terzo Mondo“, Grolmanstr. 28. Das Terzo Mondo liegt zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt und ebenso nur wenige Minuten vom S-Bahnhof Savignyplatz (zu erreichen mit der S 5, 7, 75, 9, 3).

KULTUR & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe 10 finden alle drei Wochen statt. Rückmeldungen über die Teilnahme bitte rechtzeitig an Georgia Weiland (Tel. 86 31 24 12), damit stimmberechtigte Nachrücker eingeladen werden können. Nächster Termin (große Vorstandssitzung): 7. Juli 2003.

BILDENDE KUNST

Bitte vormerken: Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 24. September, ab 16 Uhr in der Köpenicker Str. 55, Raum 5.21

JUGEND

Medienjugend: Treff jeden ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr im Container des Gewerkschaftshauses, Köpenicker Str. 55.

MUSIK

Musikschultag Berlin am Sonntag, dem 29. Juni, ab 14 Uhr, Rotes Rathaus

Wir arbeiten nicht im Verborgenen! Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landes- und Bezirksfachgruppenvorstandes Berlin-Brandenburg eingeladen!

Die Vorstände tagen von 9.00 bis 12.30 Uhr, Köpenicker Str. 55, Raum 5.21, erst wieder am 5. September.

AG AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 in der Köpenicker Str. 55. Ulla Pingel (Tel. 621 24 50) und Olaf Zygalsky (Tel. 782 13 34) sind ehrenamtliche Sprecher.

SENIOREN

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof 46, 12103 Berlin.

Seniorengruppe Funkhaus: 26. Juni, 10.00 Uhr, Besuch des Wäschereimuseums Köpenick. Auch mit Kaffee und Kuchen. Deshalb Anmeldung bei Helga Deglmann, Tel. 499 136 37 (Fahrverbindung: S 3 bis Köpenick, Tram 62, Bus 169 oder S 10 bis Spindlersfeld und Bus 167 bis Luisenstr. 23)

SEMINARE

Non Profit Radio: Bildungswerk, Hörfunkschule Berlin, Haus der Buchdrucker, Dudenstr. 10, 10965 Berlin. Informationen zu aktuellen Kursen: 030/68 30 20 90 oder unter: www.radiokurse.de.

Gesellschaft für innovative Bildung mbH (BSD) Berlin: Computerkurse sowohl an Abenden oder auch am Wochenende, Infos: 030/44 37 60, Fax: 030/9 25 38 31, E-Mail: info@bsd-berlin.de

DRUCKINDUSTRIE

Gutenbergfest 2003 am Mittwoch, dem 2. Juli, 14 Uhr, im Schulhof des OSZ Druck und Medientechnik, Cyclopstr. 1 – 5, 13437 Berlin.-Wittenau. Mit zünftiger Gautschzeremonie!

Nachmieter für helles Büro (20 m²) in Medien-Bürogemeinschaft, repräsentative Lage, Schiffbauerdamm 5/Mitte gesucht, 280 Euro WM, 0151-12 70 90 24

**VER.DI
IM INTERNET**

http://www.bb-verdi.de

**Gewerkschaftshaus
Medienfachbereich**
Köpenicker Str. 55
10179 Berlin
Tel. 030/86 31-0

**SPRECHZEITEN
IN DEN BEZIRKEN**

VER.DI-BEZIRK COTTBUS
Fachbereich Medien,
Kunst und Industrie
Sprechzeiten ab Juli 2003:
jeden ersten und dritten
Donnerstag im Monat
von 10.00 bis 15.00 Uhr

VERDI-BEZIRK FRANKFURT/ODER
Fachbereich Medien,
Kunst und Industrie
Sprechzeiten ab August 2003:
jeden letzten Donnerstag
im Monat
von 10.00 bis 15.30 Uhr

Sprachrohr 4/03

erscheint am 25.8.03
Redaktionsschluss am 1.8.03

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.
Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin. Tel: 030/86 31-0.
Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96 -64, Fax: 030/61 30 96 -66.
Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030/61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de
Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Waisenstraße 1, 10179 Berlin, Tel: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54
Druck: Tribüne Druck-GmbH, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin.
Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5,- Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin.

Nach zögerlichem Start der rot-grünen Bundesregierung glänzen Bundeskanzler Gerhard Schröder und seine Mannschaft mit der Agenda 2010 nun mit Hau-Ruck-Aktionismus. In seiner Regierungserklärung vom April diesen Jahres zeigte sich Schröder entschlossen, „nicht mehr zuzulassen, dass Probleme auf die lange Bank geschoben werden, weil sie kaum überwindbar scheinen“. Mit dem umfassenden Reformpaket sollen gleichzeitig die Renten- und Sozialversicherung, das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie das Arbeitsrecht „modernisiert“ werden. Ziel der konzertierten Aktion sei es, Deutschland bis zum Ende des Jahrzehnts bei Wachstum und Arbeit wieder an die Spitze zu bringen, ja sogar von Vollbeschäftigung war im Leitanspruch zur Agenda 2010 die Rede.

Der Kanzler setzt auf die Opferbereitschaft aller Bürger: „Wir verlangen der Gesellschaft heute etwas ab“. Aber dies geschehe, um den Menschen neue Chancen einzuräumen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und Höchstleistungen zu erbringen. So ist die Botschaft klar: Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern, sprich: mehr Eigenleistung des Einzelnen. Dazu sollen alle Kräfte der Gesellschaft ihren Beitrag leisten – Arbeitnehmer und Unternehmer, freiberuflich Tätige und Rentner, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, Verbände und nicht zuletzt die Gewerkschaften. Obwohl die Agenda 2010 seit einiger Zeit Tagesgespräch ist, herrscht vielfach noch Unklarheit über ihre Inhalte. Was ändert sich bei Arbeitslosenversicherung und Wirtschaftsförderung tatsächlich?

Sozialversicherung: Arbeitslosen- und Sozialhilfe sollen voraussichtlich ab Mitte 2004 zusammengelegt werden. Die Leistung für Arbeitslose soll dann ALG II heißen und sich nur noch

Alle sollen ran

Welche Veränderungen bringt die Agenda 2010 wirklich?



Foto: transit/v.Polentz

Vom Kanzler an die Kandare genommen.

auf dem Niveau der Sozialhilfe bewegen. ALG II erhält, wer mindestens drei Stunden am Tag arbeiten kann und somit als erwerbsfähig eingestuft wird. Erleichterungen soll es für Familien mit Kindern und für Alleinerziehende geben. Singles trifft es härter: Wer als Single zumutbare Arbeit in zumutbarer Entfernung ablehnt, erhält weniger Geld. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe soll die Kommunen in ihren laufenden Ausgaben um sechs Milliarden Euro entlasten. Davon sollen 1,5 Milliarden in die Erweiterung der Krippenbetreuung der unter Dreijährigen fließen.

Arbeitsvermittlung: Die Vermittlung der Langzeitarbeitslosen soll zukünftig in Job-Centern durch sogenannte Fall-Manager erfolgen. Nach Schätzung der Bundesregierung müssen die Center 4,3 Millionen Personen betreuen. Ge-

plant ist, die Vermittlung so stark zu intensivieren, dass auf einen Fall-Manager nur noch 75 Arbeitslose kommen, zur Zeit sind es zwischen 350 und 800. Rund 12.000 zusätzliche Angestellte sind dafür nötig.

Bezugszeit von Arbeitslosengeld: Das Arbeitslosengeld wird ab 2006 von bisher maximal 32 Monaten auf zwölf Monate für die unter 55-Jährigen und auf 18 Monate für die über 55-Jährigen begrenzt. Dazu SPD-Generalsekretär Olaf Scholz: „Wir wollen deutlich machen, dass das Arbeitslosengeld eine zeitlich befristete staatliche Unterstützung aus Beitragszahlungen ist und keine Maßnahme für Unternehmen, sich auf Kosten der Allgemeinheit von älteren Arbeitnehmern zu trennen.“

Stärkung der Wirtschaft: Die Entgeltgrenze für alle geringfügig entlohnten Beschäftigungen wird auf 400 Euro monatlich festge-

setzt. Die Zeitgrenze von bisher weniger als 15 Stunden pro Woche entfällt bei den Mini-Jobs. Auch die vielzitierte Ich-AG – Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit – soll Wirtschaftswachstum fördern. Mit dem small-business-act wird es Existenzgründern möglich, Arbeitsverträge auf maximal vier Jahre zu befristen, außerdem sind sie vier Jahre von den Pflichtbeiträgen zur IHK freigestellt. Der Mittelstand braucht gesicherten Zugang zu geeigneten Finanzierungsmöglichkeiten. Da die staatliche Einflussmöglichkeit auf den privaten Bankensektor gering ist, sind hier Programme der Förderbanken Deutsche Ausgleichsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehen.

Kein Zweifel – Deutschland befindet sich in einer wirtschaftlich schwierigen Lage. Die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und des Staates muss angesichts einer schrumpfenden und älter werdenden Bevölkerung gesichert werden. Die konjunkturelle Lage, aber auch strukturelle Probleme haben zu einem besorgniserregenden Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt, die die sozialen Sicherungssysteme stark belastet. Ob allerdings die geplanten Einschnitte bei denjenigen, die ohnehin am wenigsten besitzen, zum gewünschten Erfolg führen, bleibt zweifelhaft. Auch in der SPD ist das Reformpaket umstritten. Trotz erheblicher Proteste haben jedoch 90 Prozent der Delegierten auf dem SPD-Sonderparteitag am 1. Juni in Berlin für die Agenda 2010 gestimmt. Keinen einzigen Änderungsantrag haben die Agenda-2010-Kritiker durchsetzen können. „Aber wir haben im Vorfeld viel erreicht“, tröstet sich die ehemalige Juso-Vorsitzende Andrea Nahles, „die Agenda ist nicht mehr die vom 14. März.“

Ute C. Bauer